

Schule, Staat und Ökonomie

Bericht vom Symposium des IfBB am 5.2.2010 in Hannover

Waldorfschulen verstehen sich nicht nur als Bildungseinrichtungen, die ihren Schülerinnen und Schülern zu einer individuell angemessenen Erziehung verhelfen wollen, sondern sie sehen sich in der Verantwortung für das gesamte gesellschaftliche Segment der Kultur und Bildung (das freie Geistesleben). Es ist Teil dieses gesellschaftlichen Engagements der Waldorfschulen, sich an der Debatte über das Verhältnis zwischen Bildungseinrichtungen, Staat und Ökonomie zu beteiligen und den von ihnen vertretenen Standpunkten in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Aus diesem Grund unterstützt der Bund der freien Waldorfschulen das Institut für Bildungsrecht und Bildungsforschung (IfBB), das sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit schwerpunktmäßig mit dem Beitrag freier Bildungsträger für ein freiheitliches Bildungssystem befasst.

Unter dem Titel „Bildung und Ökonomie in Europa – Schulen im Spannungsfeld von Staat und Markt“ fand am 5.2.2010 in Hannover ein Symposium statt, zudem das IfBB eingeladen hatte. Die Teilnehmerliste, mehr noch die Liste derjenigen, die sich als interessiert gemeldet hatten, zeigte, dass neben den Vertretern der freien Träger und deren Verbänden das Thema erfreulicherweise auch für die Fachleute aus den Behörden und der Politik interessant ist. Dies ist vor dem Hintergrund einleuchtend, als dass die Diskussion um eine einerseits befürchtete, andererseits erhoffte – oft aber inhaltlich nicht näher bestimmte – Ökonomisierung der Bildung in allen ideologischen Schattierungen hierzulande die Gemüter erhitzt. Für die Veranstalter ein Zeichen dafür, dass die Arbeit des IfBB als relevanter Beitrag zu dieser Debatte wahrgenommen wird.

Zunächst wies Prof. Dr. Sackmann (Uni Wittenberg) darauf hin, dass die Differenzierung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Bildungsträgern zu kurz greife, diesbezüglich vielmehr eine weitere Unterteilung in gewinnorientierte und nicht gewinnorientierte private Bildungsunternehmen vorgenommen werden müsse. Anhand von Zahlen aus den USA wies er darauf hin, dass sich gewinnorientierte Einrichtungen hauptsächlich in vom Staat vernachlässigten Gebieten (Vorschulen, berufsbegleitende Studien, Nachhilfe), weniger in den traditionellen Bereichen durchsetzten.

Kontrovers wurde die Rolle der EU und die Europäisierung des Bildungswesens gesehen. Im Gegensatz zu ihrem Vorredner ging Anne Liekenbrok vom European Forum for Freedom in Education (EFFE) von einer steigenden Bedeutung vor allem im Rahmen der Lissabon-Strategie aus.

Besondere Brisanz besitzt die Frage, ob das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services – GATS) auf Schulen und Bildungseinrichtungen anwendbar ist und so zu Liberalisierungen und insbesondere einer Gleichbehandlung von Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft in finanzieller und rechtlicher Sicht führen könne. Dieser Frage widmeten sich Prof. Dr. Wolfram Cremer (Uni Bochum) sowie der wissenschaftliche Leiter des IfBB, Dr. Thomas Langer. Für die Waldorfschulen ist dies insbesondere deswegen interessant, weil das Staatsschulwesen finanziell stärker subventioniert wird. Aus diesem Grund müssen Eltern an Waldorfschulen Beiträge zur Finanzierung der Schule (Mitarbeiter, Gebäude etc.) erbringen. Der Staat wirkt hier wettbewerbsverzerrend, indem er die von ihm betriebenen und in Konkurrenz mit den freien Schulen stehenden Einrichtungen besser ausstattet. Nach der vorläufigen Einschätzung der Referenten wird sich daran durch das GATS auch nicht unmittelbar etwas ändern. Der inneren Logik des GATS folgend, liegt jedoch nach Einschätzung der Referenten diesem Abkommen das Versprechen zugrunde, dass das zukünftig immer stärker transnational geordnete Schulwesen eine Gestalt annehmen wird, die innerstaatlich auf einen ungehinderten Marktzugang und eine schulträgerneutrale staatliche Finanzierung beruht.

Insofern liegt es nahe, nach politischen Lösungen zu suchen. Die deutschen Bundesländer hätten die Möglichkeit, die Voraussetzungen einer Gleichberechtigung zu schaffen. In diese Richtung geht ein Vorschlag des Paritätischen zur Errichtung von Bürgerschulen in Berlin.
Referent

Martin Hoyer stellte als Kerngedanken die Herauslösung der Einzelschule aus den zentralistischen Verwaltungsstrukturen und ihre Überführung in eigenständige Organisationsstrukturen (Stiftungen, Vereine etc) dar. Dieser Vorschlag ist unter dem Gesichtspunkt der besseren lokalen Verankerung sowie der eigenständigen inhaltlichen Profilierung der Schulen interessant, jedoch lässt er in wesentlichen Punkten – wie der Rolle der Schulaufsicht, das Verhältnis staatlicher Vorgaben (Lehrpläne, Prüfungen) zum pädagogischen Profil – Fragen offen. In den Niederlanden ist man diesbezüglich, wie Bob van de Ven darstellte, wesentlich weiter. Dort werden 70% aller Schulen in freier Trägerschaft betrieben. Die von ihm dargestellten Eckpunkte des Schulsystems, insbesondere was Schulaufsicht, Elternmitverantwortung und die Verwaltung durch den Träger angeht, könnten durchaus als Anregung dienen, diese Fragen auch in Deutschland ernsthafter und weniger obrigkeitsstaatlich zu diskutieren, als dies bislang der Fall ist.

Insbesondere die letztgenannten Aspekte haben gezeigt, dass das Symposium einen Nerv getroffen hat. Modelle wie die Bürgerschule müssen breit diskutiert und ausgearbeitet werden. Das Beispiel aus den Niederlanden zeigt, was (theoretisch) möglich ist. In Deutschland muss für eine sachbezogene Diskussion darüber allerdings mit dem Klischee der Privatschule als auf elitäre Bildung abzielende Besserverdienendeninstitution aufgeräumt werden. Gerade hierin

C:\Dokumente und Einstellungen\Besitzer\Eigene Dateien\Institut-IfBB\Symposium 2010\Berichte über tagung\Bericht_symposium Malcherek.doc

zeigt sich die Bedeutung, die das IfBB hat und in Zukunft hoffentlich immer besser wahrnehmen kann: Sachlich, auf dem Boden der Bildungsforschung, zur Diskussion und zum Austausch anzuregen und daraus Ideen und Impulse zu entwickeln, wie dies in der schulischen Praxis umgesetzt werden kann. Insbesondere die praktischen Erfahrungen der Waldorfschulen können dazu einen Beitrag leisten, der über die Arbeit des IfBB auch wahrgenommen wird.

Rechtsanwalt Martin Malcherek
Rechtsberater des Bundes der Waldorfschulen